

# Deutschland in Europa

Eine neue Hegemoniedebatte

Erhard Crome

*Deutschland, EU, Neue Weltordnung, Weltwirtschaft*

Europa in der Krise – ganz Europa? Deutschland hat von der Krise scheinbar profitiert, buchstäblich: sowohl wirtschaftlich als auch politisch. Die deutsche Führungsrolle für das angeblich schwankende Konstrukt der Europäischen Union gilt vielen Kommentatoren als normal. Die wirtschaftliche Kraft des Landes wird als Grundlage seiner hegemonialen Stellung in Europa anerkannt. Die „deutsche Frage“ stellt sich, im Jahr 2012, neu – und ist kritisch zu diskutieren.

Prognosen gelten als kompliziert, besonders wenn sie die Zukunft betreffen.“ Der Satz wird bisweilen Karl Valentin oder Winston Churchill zugeschrieben, stammt aber wohl von Mark Twain. Seit Ausbruch der Weltfinanz- und Weltwirtschaftskrise, in der wir uns befinden, beschäftigen sich Wissenschaftler, Publizisten und Politiker mit dem Prognoseproblem, ohne eine Antwort gefunden zu haben. Ein EU-Gipfel jagt den nächsten, ohne dass eine tragfähige Lösung gefunden werden konnte. Wahrscheinlich gibt es keine, solange kein Systembruch mit dem Denken und Handeln sowie den Institutionalisierungen erfolgt, zu denen der Neoliberalismus genötigt hat. Aus der Finanzkrise seit 2008 wurde eine Wirtschaftskrise, dann eine Eurokrise, weil die „Bankenrettung“ zum Erhalt der überschüssigen Finanzkapitale und zur Explosion der Staatsverschuldung geführt hatte. Die fiktiven Schulden der Spekulanten wurden in reale Schulden der Staaten verwandelt, für die Steuerzahler aufkommen sollen, zumeist um den Preis von Lohnsenkung und Rentenkürzung. Weil überschüssige Kapitale über die Krise gerettet wurden, in der „Realwirtschaft“ aber keine hinreichenden Anlagemöglichkeiten finden, richtet sich die Spekulation gegen die Staatshaushalte schwächerer EU-Staaten. Die Gründungsfehler der EU, Freiheiten des Kapitals zu vergemeinschaften, nicht aber die Wirtschafts-, Steuer- und Sozialpolitik, einen gemeinsamen Euro zu schaffen, aber eine gemeinsame Haftung auszuschließen, haben diese Flanke



Dr. habil. Erhard Crome,  
geb. 1951, Politikwissen-  
schaftler, Beiratsmitglied  
von *WeltTrends*.  
crome@rosalux.de

geöffnet. Die Finanzkrise offenbart, was in der Konstruktion der EU längst angelegt war. Opfer dieser Entwicklungen sind die Bevölkerungen in Griechenland, Irland, Portugal, Spanien und Italien, denen immer neue Sozialkürzungen – euphemistisch „Sparprogramme“ genannt – aufgenötigt werden. So wird aus der Wirtschaftskrise eine soziale Krise, die in eine Krise der Politik mündet.

### Deutschland, die Krise und die EU

Die Krise hat die EU nicht nur als Institutionengefüge auf den Prüfstand gestellt, sondern auch ihren ursprünglichen Entstehungszweck. Die Ausgangsidee – erinnert sei an Monnet und Schuman – war die Schaffung einer europäischen Friedensordnung durch Einhegung Deutschlands. Die sollte durch Interessenverschränkung nicht nur mit Frankreich, sondern auch unter Einbeziehung von Italien sowie der Benelux-Staaten erfolgen, und zwar auf dem Wege von supranationaler Institutionalisierung – die Montanunion (ab 1950), die EWG (ab 1957), EG und schließlich EU waren die Konsequenz. Deutschland, das mit beiden Weltkriegen unendliches Leid über Europa und die Welt gebracht hatte mit seinen Bestrebungen, den Kontinent zu beherrschen, sollte gehindert werden, einen dritten Versuch zu unternehmen. Hinzu kam die deutsche Teilung: Die drei westlichen Siegermächte kontrollierten die BRD, die seit Anbeginn in Montanunion und EWG/EG/EU eingeordnet war, und die Sowjetunion die DDR. NATO und Warschauer Vertragsorganisation waren nicht nur gegeneinander gerichtet, sondern dienten ebenfalls der Kontrolle der Deutschen.

Diese Nachkriegskonstruktion war mit dem Ende des Ost-West-Konflikts 1989/91 erledigt. In der Mitte Europas erstand das vereinigte Deutschland neu, als habe es den Kalten Krieg gewonnen. Der Schweizerische Journalist Hujer beschrieb die veränderte Lage so: „Die Bundesrepublik steht nicht mehr unter Kuratel und ist nicht mehr existenziell auf den Schutz ihrer Verbündeten angewiesen.“ Die Umbrüche von 1989/91 nennt er eine „Revision der Nachkriegsordnung“. Deren Folge ist: Sie „brachte Russland, aber auch den alliierten Siegermächten Frankreich und Großbritannien einen Bedeutungsverlust. Die Bundesrepublik zählt hingegen zu den Gewinnern der neuen Weltordnung [...] Gemeinsam



Weiterlesen:

T. Risse,

Die neue Weltordnung

WeltTrends 39

mit einer Handvoll anderer Staaten hat sie die kritische Größe, um internationale Politik zu gestalten. Das wiedervereinigte Deutschland ist zu einer Großmacht herangewachsen, und sie beginnt, die Möglichkeiten zu nutzen.“<sup>1</sup> Das war vor Ausbruch der Finanzkrise geschrieben. Die hat Deutschland genutzt, um Großmachtpolitik zu machen.

Bereits seit der deutschen Vereinigung hat schrittweise eine Verselbstständigung deutscher Außenpolitik stattgefunden. Grundsatz bundesdeutscher Außenpolitik, schon vor 1989, war es, Alleingänge zu vermeiden und stets im Rahmen internationaler Organisationen zu handeln, sei es die EU, NATO oder UN. Besondere Bedeutung wurde der „Westbindung“ beigegeben. Nach dem 11. September 2001 erklärte Bundeskanzler Schröder die „uneingeschränkte Solidarität“ mit den USA. Kam es zu einer Differenz in den Positionierungen der USA und Frankreichs, entschied sich die bundesdeutsche Außenpolitik für eine der beiden Positionen. So verweigerte die Schröder-Regierung 2003 die Teilnahme Deutschlands am Irakkrieg der USA, für den die Bush-Regierung „Willige“ suchte, sah sich aber in demonstrativer Übereinstimmung mit Frankreich. Die deutsche Enthaltung im UN-Sicherheitsrat zur Resolution 1973 (17. März 2011), die den Weg zum Krieg westlicher Länder in Libyen öffnete, war der erste Fall, bei dem Deutschland nicht mit den USA, Frankreich und Großbritannien, aber mit China, Russland, Indien und Brasilien stimmte – den aufstrebenden Mächten des 21. Jahrhunderts. Auf der Ebene der symbolischen Politik war dies Signal an die früheren westlichen Besatzungsmächte und langjährigen Verbündeten in NATO und EU, dass Deutschland nur mittut, wenn dies seinen Interessen entspricht. Seit 2011 gilt: Die deutsche Interessenwahrnehmung in der internationalen Politik ist keine abgeleitete Funktion von „Bündnisverpflichtungen“, die andere definieren.

Die Frage ist, ob das auch für die deutsche EU-Politik gilt. Für Kanzler wie Adenauer, Brandt, Schmidt oder Kohl war die europäische Integration deutsche Staatsraison, ein Ziel an und für sich. Im Zuge der deutschen Politik in der „Schuldenfrage“ ist dies nicht mehr klar. Vielmehr entsteht das Bild, die EU werde aus deutscher Sicht zur Voraussetzung für ein Streben nach neuer Weltgeltung. Deutschland allein kann nicht auf

1 Hujer, Eric: Schluss mit der Heuchelei. Deutschland ist eine Großmacht. Edition Körber-Stiftung, Hamburg 2007, S. 9.

Augenhöhe mit China agieren, mit der EU als Hinterland sehr wohl. Die Auszehrung des US-amerikanischen Unilateralismus ruft nicht nur Mächte wie China oder Russland auf den Plan, sondern auch die EU, und hier wiederum Deutschland als eigenständige Macht mit global ausgreifenden Interessen.

### Neue deutsche Hegemoniedebatte

Die Zeitschrift Merkur eröffnete den Jahrgang 2012 mit einem Text unter der Überschrift: „Hegemon wider Willen.“ Der Autor, Christoph Schönberger, Professor für Öffentliches Recht an der Universität Konstanz, beschrieb die mit der Finanzkrise veränderte Lage so: „Nichts von den mühsam-kunstvollen Konstruktionen, die Westeuropa nach 1945 entwickelt und der wiedervereinigte Kontinent nach 1989 bestätigt und vertieft hat, erscheint in der europäischen Staatsschuldenkrise noch selbstverständlich. Diese grundlegende Verunsicherung trifft die Bundesrepublik besonders, war doch der erstaunliche Wiederaufstieg Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg mit der Eingliederung in ein verdichtet integriertes europäisches Staatengefüge untrennbar verknüpft. Zugleich zeigt sich jetzt deutlicher denn je, wie sehr die Bundesrepublik zur Hegemonialmacht Europas geworden ist. Sie muss führen [...].“<sup>2</sup> Es folgt der inzwischen obligate Hinweis auf die vorgebliche Unfähigkeit der politischen Führung: „Die Anforderungen, die sich aus der deutschen Hegemonialstellung innerhalb der Europäischen Union ergeben, sind groß; die Bundesrepublik wird ihnen aber nur unzureichend gerecht. Dabei verketten sich mentale und institutionelle Faktoren auf unglückliche Weise.“<sup>3</sup> Das war zwar 1914ff. und 1939ff. ebenfalls so. Den Vergleich jedoch würde der Autor wahrscheinlich von sich weisen. Vielleicht ist es deutsches Schicksal, sich zur Hegemonie berufen zu fühlen und ihre Realisation zu verfehlen.

Schließlich spürt Schönberger selbst diese Analogie: „Die Hegemonie in der Europäischen Union fordert von den deutschen Eliten und der deutschen Öffentlichkeit etwas, das Deutschlands Lage in der Mitte Europas von ihnen schon immer verlangt hat: den Verzicht auf nationale Introvertiertheit;

2 Schönberger, Christoph: Hegemon wider Willen. Zur Stellung Deutschlands in der Europäischen Union. In: Merkur 752, Januar 2012, S. 1.

3 Ebenda, S. 5.

die aufmerksame Kenntnis, Beobachtung und Beeinflussung der europäischen Nachbarn; die Definition der eigenen Interessen unter Einbeziehung der Interessenlage der Partner; das Voraus- und Mitdenken für Europa insgesamt.“ Die Pointe: „Ein mentales und institutionelles Sich-Einkrümmen, ein selbstbezogenes Verwalten der eigenen Besitzstände [...] kann sich die Bundesrepublik nicht erlauben. Sie muss die Bürde der Hegemonie tragen, auch wenn sie diese schmerzhafter auf ihren Schultern spürt.“<sup>4</sup> Damit meint er nicht Erträge, die das deutsche Kapital aus der Einführung des Euro und der Weise der Integration innerhalb der EU in den vergangenen 20 Jahren gezogen hat, sondern die politische Herausforderung.

Ulrike Guérot, die seit 2007 das Berliner Büro des European Council on Foreign Relations leitet, kommentierte die Rede von Wolfgang Schäuble zur Entgegennahme des Karlspreises der Stadt Aachen 2012 mit der Feststellung: „Europa wird deutscher, Deutschland wird Hegemon Europas. Das muss nicht schlecht sein“, um dann zu folgern: „Deutschland muss nun Weitsicht und strategische Führungsqualitäten beweisen [...]. Deutschland ist durch den Euro zur Weltmacht geworden. Trotzdem ist das Land dabei, ihn zu verspielen, weil es nicht versteht – oder nicht verstehen will –, dass der Euro in seiner Essenz politisch ist.“<sup>5</sup> Der Tagesspiegel brachte das Spannungsverhältnis zwischen dem Ziel der Hegemonie und der Befürchtung, es zu verfehlen, zum Ausdruck: „So groß die Angst vor einer deutschen Hegemonie in Europa ist, so groß sind gleichzeitig die Erwartungen an Berlin, und die sind beileibe nicht nur finanzieller Art. Alle erwarten, dass Deutschland handelt, sowohl seine politische Führungsrolle in Europa als auch seine finanzielle Verantwortung für Europa wahrnimmt.“<sup>6</sup>

Solche Einschätzungen zeigen:

- (1) Eine deutsche Hegemonie in Europa wird 20 Jahre nach der deutschen Vereinigung für normal gehalten;
- (2) Die wirtschaftliche Kraft Deutschlands wird als Grundlage seiner hegemonialen Stellung angesehen, die Herausforderung selbst jedoch als politische akzentuiert;
- (3) Einigkeit besteht darin, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise eine Veränderung dahingehend gebracht hat, dass



Weiterlesen:

J. Krause,  
Hypermacht vs. Ohnmacht?  
*WeltTrends* 40

4 Ebenda, S. 8.

5 Deutschlandradio Kultur, 11. Juni 2012. <http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/politischesfeuilleton/1779725/>.

6 Seils, Christoph: Merkel und der Euro. Wann wird „Madame No“ weich? In: Der Tagesspiegel, 25. Juni 2012.

Deutschland in diese dominierende machtpolitische Rolle eingerückt ist.



**Weiterlesen:**

I. Wallerstein,

Wohin steuert die Welt?

WeltTrends 40

Nun könnte eingewandt werden, dass es auch andere Stimmen in Deutschland gibt. Aber: Es ist augenscheinlich das Denken eines wichtigen Teils des eher konservativen deutschen Bürgertums, das den politischen Entscheidungsprozessen in diesem Lande gewiss nicht fernsteht. Bernd Ulrich, stellvertretender Chefredakteur und Politikchef der Hamburger Wochenzeitung *Die Zeit*, hat 2011 geschrieben: „Deutschland ist eine Mittelmacht, das heißt stärker als die meisten Länder in Europa, aber längst nicht so stark wie die USA oder heute China.“ Und weiter: „Bis zur Einheit und noch darüber hinaus lag es im deutschen Interesse, die eigene Stärke nicht zu zeigen, um nicht die historischen Vorbehalte zu mobilisieren. An diese Maxime hielt sich jede Regierung, auch die jetzige. Allein, so funktioniert es nicht mehr. Schon in der Finanzkrise, erst recht mit der europäischen Währungs- und Schuldenkrise, wurde von Deutschland als wirtschaftlich gesündester Macht Führung verlangt, und spätestens hier ließ sich die Stärke nicht mehr camouflieren. [...] Vom Bösewicht der Weltgeschichte hatte man sich zu *Everybody's Darling* emporgearbeitet, um nun in Europa zu etwas zu werden, was die USA lange Zeit für die Welt waren: die Nation, die alles regeln soll und die jeder hernach beschimpfen darf, wie sie es geregelt hat, einerseits Retter und andererseits Imperialist.“<sup>7</sup> Hier sind zusätzlich zwei Punkte interessant: Man vergleicht sich mit den USA und hat keine Skrupel, „Imperialist“ zu sein.

Hans Kundnani vom European Council on Foreign Relations (London) betonte in der Zeitschrift *Internationale Politik*: „Die Euro-Krise hat eine neue, bestimmende Bundesrepublik hervorgebracht. Die einstige Zivilmacht Deutschland wird zu einer geoökonomischen Macht.“ Bei der Erörterung dessen, was diese Charakterisierung bedeutet, bezieht er sich zunächst wieder auf den Nahen Osten (das Entscheidungsverhalten in Sachen Libyen-Resolution war noch frisch) und sieht eine „wachsende Spannung zwischen den wirtschaftlichen und politischen Interessen des Landes“. Dann meint er: „Nun mag ein Streben nach Schutz nicht mehr im Vordergrund stehen, sondern einer

7 Ulrich, Bernd: Wofür Deutschland Krieg führen darf. Und muss. Reinbek bei Hamburg, Rowohlt 2011, S. 64-66.

Definition nationalen Interesses vornehmlich in wirtschaftlicher Hinsicht gewichen sein. Trotzdem wird Deutschland sich nicht vollständig vom Westen trennen. Das Land wird sich weiterhin auf NATO (für Sicherheit) und EU (für Absatzmärkte) verlassen [...]. Dennoch könnte die deutsche Wirtschaft ihrer Umgebung entwachsen sein. Die Nachbarn können nicht mehr mithalten, aber Deutschland ist auch nicht groß genug, um Hegemon zu sein. Eine neue geoökonomische Variante der deutschen Frage steht im Raum.“<sup>8</sup> Abgesehen davon, dass Kundnani stärker als andere Autoren bezweifelt, dass Deutschland einer hegemonialen Rolle gewachsen ist, ist die Inhaltsbestimmung der „geoökonomischen Macht“ konzeptionell bedeutsam. Es ist eine Macht, die auf den globalen Markt, die Weltwirtschaft gerichtete Interessen hat, die vor allem wirtschaftlich gestützt sind. Die regionalen Einbindungen in Europa, einschließlich derer in die EU, wie auch die Beteiligung an der NATO oder das Agieren in der UN, die internationale Politik in einem politisch-diplomatischen Sinne sind diesen Wirtschaftsinteressen nachgeordnet.

### Wirtschaftliche Entwicklungen

Nach aktuellen Zahlen des Internationalen Währungsfonds für 2011 (Stand: April 2012) hatte das weltweite Bruttoinlandsprodukt ein nominales Gesamtvolumen von etwa 69,7 Billionen US-Dollar. Damit war es im Vergleich zu 2010 um 3,9 Prozent gestiegen. Dieses Wachstum verteilte sich aber weiter ungleichmäßig: Das BIP Chinas wuchs um 9,2 Prozent, Indiens 7,2 Prozent, Russlands 4,3 Prozent und Brasiliens 2,7 Prozent, während das Wachstum der USA bei 1,7 Prozent lag und der EU bei 1,6 Prozent. Gleichwohl ist die EU mit einem BIP von 17,6 Billionen US-Dollar der größte Wirtschaftsfaktor der Welt. Innerhalb der EU trägt Deutschland mit einem BIP von nominal 3,6 Billionen US-Dollar 2011 zu etwa einem Fünftel zur Gesamtleistung der EU bei.

Der deutsche Außenhandelsumsatz erreichte 2011 ein Volumen von knapp 2 Billionen Euro, die Exporte überstiegen erstmals die 1-Billion-Euro-Marke; der Exportüberschuss lag bei

8 Kundnani, Hans: Paradoxon Deutschland. Eine geoökonomische Macht in der Zwickmühle. In: Internationale Politik 6/2011, S. 62, 67.

158.086 Millionen Euro.<sup>9</sup> 2010 betrug der Umsatz 1,8 Billionen Euro und der Exportüberschuss 153.333 Millionen Euro.<sup>10</sup> Damit ist die deutsche Wirtschaft weiter „Export-Vizeweltmeister“ (seit 2005 hinter China – hier müssen Umsätze und Salden der Volksrepublik, Hongkongs und Makaus addiert werden, was in vielen Statistiken nicht geschieht). Die neuen Debatten um deutsche Weltgeltung haben, dies sei festgestellt, einen realwirtschaftlichen Hintergrund.

Nach den Zahlen seit der Finanzkrise verzeichnete das deutsche BIP 2008 gegenüber dem Vorjahr ein Plus von 1,1 Prozent, 2009 ein Minus von 5,1 Prozent und 2010 bzw. 2011 wieder ein Wachstum von 3,7 und 3,0 Prozent. Die maßgebliche Wirkung der weltweit sinkenden Nachfrage war 2009 ein Einbruch der deutschen Exporte um 18,4 Prozent, bereits 2010 ein Anstieg um 18,5 Prozent und 2011 um 11,4 Prozent, das heißt, 2011 war der Höchststand von 2008 überschritten.<sup>11</sup> Der deutsche Außenhandelsüberschuss stammte 2010 zu 79 Prozent aus den Exporten in die anderen EU-Länder, zu 55,2 Prozent aus der Eurozone.<sup>12</sup> 2011 resultierte der deutsche Außenhandelsüberschuss zu 75,6 Prozent aus der EU und zu 50,8 Prozent aus der Eurozone.<sup>13</sup>

Hier ist es sinnvoll, sich bestimmte Verschiebungen innerhalb der EU anzuschauen. Vergleicht man die nominelle BIP-Leistung der EU-Länder (in diese Berechnungen fließen bekanntlich auch Umsätze bzw. Erlöse der „Finanzindustrie“ ein) von 2007 und 2011, so ist der deutsche Anteil von 19,8 auf 20,4 Prozent angestiegen, der Frankreichs von 14,9 auf 15,8, die Anteile Italiens und Spaniens blieben mit etwa 12,5 bzw. 8,5 Prozent nahezu gleich, während der Anteil Großbritanniens von knapp 16,7 auf 13,8 gesunken ist und der Irlands von 1,6 auf 1,2 Prozent. Die Anteile Großbritanniens und Irlands an der Wirtschaftsleistung der EU sind jeweils um etwa ein Fünftel gesunken. Das bedeutet, dass die Länder, deren Wirtschaft eher von der Realwirtschaft getragen ist, besser

9 Vgl. Statistisches Bundesamt: Außenhandel. Rangfolge der Handelspartner im Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland (mit Umsatz und Saldo) 2011, erschienen am 12.07.2012.

10 Vgl. Statistisches Bundesamt: Außenhandel. Rangfolge der Handelspartner im Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland (mit Umsatz und Saldo) 2010, erschienen am 10.03.2011.

11 Angaben nach EUROSTAT, 14.02.2012, und UNCTADstat.

12 Eigene Berechnungen. Allerdings ist der Exporterlös für 2010 nach den neueren UNCTAD-Zahlen zugrunde gelegt; nach Zahlen des Statistischen Bundesamtes (Fußnote 10) waren das 2010 79,8 Prozent EU und 55,8 Prozent Eurozone.

13 Eigene Berechnungen nach: Statistisches Bundesamt 2011.



durch die Krise kamen als jene, die sich auf „Finanzprodukte“ spezialisiert hatten, mit anderen Worten: die Schauplätze der Spekulation sind.

### Chaos Europa?

Die deutschen Exportüberschüsse sind die Kehrseite der Schulden der anderen EU-Länder. Angesichts der „Sparpolitik“ gegenüber den Schuldnerländern: Werden die Kunden geschlachtet, nur um den Euro zu retten (z. B. Griechenland) und zerstört Deutschland seine eigenen Märkte? Hörigkeit der Politik gegenüber „den Finanzmärkten“ reicht als Erklärung nicht aus. Es geht um den Euro als zweite Weltwährung in Konkurrenz und Auseinandersetzung mit dem US-Dollar. Wenn der Euro Grundlage der deutschen Stellung in der Weltwirtschaft und damit in der Welt von heute ist, soll der gerettet und stabilisiert werden, auch wenn dies auf Kosten anderer EU-Länder, ihrer sozialen Lage und Stabilität geht.

Zugleich haben wir es innerhalb der EU zwar einerseits mit der Herausbildung einer EU-weiten politischen Struktur und „Elite“ zu tun; die Kapitalverflechtungen nehmen europaweit zu. Gleichzeitig bestehen national organisierte „staatsmonopolistische Komplexe“ der Macht, und damit unterschiedliche Interessenträger – das deutsche Kapital und die deutsche Regierung, das französische Kapital und die französische Regierung, das britische Kapital und die britische Regierung (mit den Sonderinteressen in Sachen „Finanzplatz“ London) –, die innerhalb der EU identifizierbar sind. In diesem Sinne ist einerseits davon auszugehen, dass die Institutionalisierung der EU und die Vergemeinschaftung ihrer Politik voranschreiten, andererseits Machtverschiebungen vor sich gehen, die den Nationalstaaten zugeordnet werden müssen. So ist es analytisch trotz EU-Integration sinnvoll, von deutschem Dominanzstreben zu sprechen.

Das Sinken der Anteile der anderen EU-Länder bzw. der Eurozone am Exportüberschuss Deutschlands von 2010 zu 2011 scheint diese Strategie zu bestätigen: Die Erlöse der deutschen Wirtschaft aus dem Welthandel steigen auch bei sinkendem EU-Handel. Es entsteht eine neue Peripherie nicht nur in der globalisierten Welt, sondern auch innerhalb Europas. Die Frage ist, ob die EU das verkraftet. Der schon zitierte Kundnani schrieb im Sommer 2012: „Deutschlands gewachsene Macht



**Weiterlesen:**  
H. W. Maull,  
Neue Welt(un)ordnung  
*WeltTrends* 40

und Frankreichs verhältnismäßige Schwäche haben es Berlin erlaubt, seine Präferenzen in der Euro-Zone und der EU durchzusetzen.“ Am Ende aber wird „das Europa, das in der Krise entsteht, weniger ein deutsches, denn ein chaotisches“ sein.<sup>14</sup>

Damit steht die „deutsche Frage“ wieder neu. Deutschland ist Hauptnutznießer der Euro-Einführung. Es wäre auch der Hauptleidtragende seines Zusammenbruchs. Die Rettung geht aber nicht über Hegemonie, sondern Kooperation. Die EU, wie sie institutionell seit 1950 geschaffen wurde, steht einer Hegemonialordnung entgegen. Versuche, sie informell auszuüben, scheitern an ihrer gesatzten Ordnung. Wenn es Zweck der EU war, innerhalb der Institutionen jene Widersprüche zwischen den Staaten friedlich und satzungsgemäß auszutragen, die zuvor in mehreren Kriegen in den Schützengräben ausgetragen worden waren, so muss sich dies jetzt bewähren. 🌐

14 Kundnani, Hans: Was für ein Hegemon? Berlins Politik führt zu keinem deutschen, sondern einem chaotischen Europa. In: Internationale Politik, Heft 3/2012, S. 25.

